

Ärger im Paradies der Privatbankiers

SCHWARZGELD Patrick Odier fordert, dass sich die Banken künftig auf versteuerte Gelder konzentrieren sollen. Viele Privatbankiers befürchten jetzt, zum verlängerten Arm der Steuerbehörden zu werden. Der streitbare Konrad Hummler kontert Odiers Vorstoss: Die Verantwortung liege beim Kunden.

NATALIE GRATWOHL

An der Pressekonferenz der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers versuchten die Exponenten die Fragen zur Weissgeldstrategie von Patrick Odier möglichst zu umschiffen. Dennoch wurde offensichtlich, dass viele Privatbankiers verstimmt sind über den Kurs, den der Mann aus den eigenen Reihen verfolgt.

Kurz nach seinem Amtsantritt als Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung hatte Patrick Odier, Senior Partner der Genfer Lombard Odier, verkündet: «Wir Banken müssen ein neues Geschäftsmodell einführen, bei

dem die Steuerehrlichkeit bei der Annahme von Neugeld das Ziel ist.»

Vordergründig gibt Konrad Hummler, streitbarer Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers, seinem Genfer Kollegen recht: «Man muss Odiers Aussage im Lichte der Steueraffäre der UBS in den USA sehen. Er wollte sagen, dass Schwarzgeld nicht die Strategie der Banken sein soll. Die Institute sollten keine aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung liefern. Das würde ich unterstützen», sagt Hummler im Gespräch mit der «Handelszeitung». Doch mit seinem Vorstoss geht Patrick Odier in der Sache weiter, wie

Thomas Sutter, Sprecher der Schweizerischen Bankiervereinigung, bestätigt: Die Banken sollten nicht nur darauf verzichten, aktive Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu liefern, sondern ihre Geschäftsaktivitäten künftig klar auf Gelder ausrichten, die «tax-compliant» sind. Damit meint Sutter Gelder, die von ihren Besitzern korrekt versteuert worden sind.

Weissgeldstrategie in Arbeit

In der Sache widerspricht Hummler denn auch dem Präsidenten der Bankiervereinigung. Die Besteuerungsfrage sei nicht nur eine Frage der Vergangenheit, sondern auch eine Frage der Zukunft. «Ob der Kunde in Zukunft Steuern zahlen will oder nicht, liegt in dessen Verantwortung»,

sagt Hummler. Mit dem Artikel 26 OECD habe sich die rechtliche Lage für die ausländischen Kunden geändert, nicht aber für die Banken.

Die Bankiervereinigung arbeitet derzeit die Details aus, wie sich diese Weissgeldstrategie bei den Banken technisch umsetzen lässt. So könnte es zum Beispiel auf eine Form der Selbstdeklaration hinauslaufen. Der Kunde würde mit seiner Unterschrift bestätigen, dass seine Gelder ordentlich versteuert sind, sagte Odier.

Ein solcher Vorschlag wirft für den St. Galler Privatbankier Hummler viele Fragen auf: «Sie können sich mit keinem Formular die künftige Steuerehrlichkeit eines Kunden bestätigen lassen.» Zweitens werde der Bankier damit

zur Vollzugsbehörde des ausländischen Fiskus. Dies sei problematisch. «Damit wird das Depotgeschäft quasi verstaatlicht.» Auch der Genfer Privatbankier Ivan Pictet hat bereits früher kundgetan, dass es aus seiner Sicht völlig unrealistisch sei, die Kunden zu einem steuerehrlichen Verhalten zu zwingen.

Einige Banken haben in dieser Frage neue Wege beschritten. So fragt etwa die Zürcher Kantonalbank (ZKB) ihre Kunden im Gespräch, ob sie im Heimatland ihre Vermögen versteuern.

«Bankier muss aufpassen»

Bei solchen Fragestellungen wird es dem geschäftsführenden Teilhaber der Bank Wegelin bereits mulmig: Der

Bankier müsse sehr aufpassen, dass er sich nicht durch übertriebene Fragestellungen in eine schwierige Situation begeben und damit Mitverantwortung für das Steuerproblem des Kunden trage. «Dies wäre eine Vermischung der Verantwortlichkeiten.»

Die ZKB erklärt etwa auch, dass sie in Zukunft möglichst wenig undeclared Vermögen haben will, und liegt damit auf einer Linie mit Odiers Vorstoss. Doch Konrad Hummler schüttelt nur den Kopf: «Das sind Plattitüden. Solche Aussagen kann man nicht machen. Wie kann die Bank sagen, ob der Kunde in Zukunft steuerehrlich ist?»



«Das sind Plattitüden. Wie kann die Bank sagen, ob der Kunde in Zukunft steuerehrlich ist?»

Konrad Hummler
Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers



«Wir müssen unsere Geschäftsaktivitäten klar auf steuerehrliche Gelder konzentrieren.»

Patrick Odier
Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung

Höhere Boni locken auch die Zürcher Banker

VERGÜTUNG Die Banken werden für 2009 mehr Boni ausschütten. In Zürich dürfte der Anstieg aber viel weniger markant sein als in New York oder London.

NATALIE GRATWOHL

Die Boni-Saison ist eröffnet. Die Debatten werden in diesem Jahr besonders kontrovers und heftig geführt. Bei der US-Investmentbank J.P.Morgan hat der Druck von Öffentlichkeit, Politikern und Regulatoren bereits erste Wirkung gezeigt. Die Bank hat ihre Lohnsumme auf 33% der Erträge reduziert – nach 44% im Vorjahr. Andere Banken gehen dagegen weiter auf die Barrikaden: Nur mit hohen Salären seien sogenannte Schlüsselpersonen zu halten, klagen sie.

Londoner Boni verdoppelt

In den nächsten Wochen, wenn die Finanzinstitute ihre Jahresberichte vorlegen, stehen vor allem auch die Vergütungen im Fokus der

Öffentlichkeit. Laut Schätzungen von Experten dürften für 2009 in der Finanzbranche weltweit insgesamt mehr Boni ausgeschüttet werden als im Krisenjahr 2008. Dabei sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Finanzplätzen gross.

In Branchenkreisen werden die in den ersten drei Quartalen ausgeschütteten Boni auf das gesamte Jahr 2009 hochgerechnet. Dabei fällt auf: In London und in New York hat sich die Boni-Summe im vergangenen Jahr fast verdoppelt. In Zürich sehen Spezialisten dagegen nur einen vergleichsweise leichten Zuwachs im einstelligen Prozentbereich.

Viele Saläre sind eingefroren

Der Hauptgrund für die Unterschiede liegt darin, dass das Vermögensverwaltungsgeschäft in der Schweiz ein grosses Gewicht hat. London und New York sind dagegen stärker auf das Investment Banking ausgerichtet, und im Investment Banking sind die Boni höher als im Private Banking. Zudem hat 2009 vor allem das Geschäft im Investment Banking wieder stark angezogen.

Doch auch im Private Banking spielen die Boni eine wichtige Rolle. Bei Zürcher Personalvermittlern heisst es, dass die UBS weiterhin wichtige Private Banker verliere, während die Credit Suisse neue Talente anziehe. Am aggressivsten würden aber die kleinen Finanz-Boutiquen mit finanziellen

Anreizen locken. Doch längst nicht um alle Zürcher Banker wird gebuhlt. «Mit hohen Boni werden vor allem jene Angestellten geködert, die der Bank Neugeschäfte bringen», sagt Gerold Guggenbühl, Headhunter bei Guggenbühl & Bächer Recruitment AG. Bei vielen anderen Mitarbeitern, die zum

Beispiel im Backoffice tätig sind, seien die Saläre nach wie vor eingefroren.

«An der absoluten Höhe der Löhne in der Finanzbranche hat sich – im Verhältnis zu den Ergebnissen – zwar kaum etwas geändert, in der Art der Auszahlung findet aber ein Umdenken statt», sagt

Stephan Hostettler, Experte für leistungsabhängige Vergütungen und Lehrbeauftragter für Corporate Governance an der Universität St. Gallen. Die Boni seien häufiger längerfristig ausgerichtet und tendenziell steige der fixe Grundlohn im Verhältnis zu den variablen Komponenten weiter.

NACHGEFRAGT | THOMAS MINDER, Initiant der «Abzocker-Initiative»

«Ein Ja ist so sicher wie das Amen»

Die Empörung über die Banker-Boni ist Wasser auf die Mühlen Ihrer «Abzocker-Initiative».

Thomas Minder: Ja, die Aktionäre müssten an der Generalversammlung gefragt werden, ob Boni bezahlt werden dürfen. Die Firma muss in jedem Fall höher gewichtet werden als der einzelne Mitarbeiter.

Wird die Initiative angenommen?

Minder: Die Grosswetterlage hat sich geändert. Ich werde derzeit von E-Mails überschwemmt.



THOMAS MINDER

Dass die Initiative angenommen wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die UBS zahlt trotz Jahresverlust Milliarden-Boni. Was ärgert Sie am meisten daran?

Minder: Es gibt einen sehr starken Zusammenhang zwi-

schen der UBS-Vergütungspolitik und den Kundengeldern, die abgezogen werden. Die Bank hat bei sehr vielen ihrer Kunden ein «Abzocker-Image».

Wie kann die Bank das Vertrauen zurückgewinnen?

Minder: Die Kultur müsste sich ändern. Doch bis jetzt ist kein neuer Geist in die UBS gekommen. VR-Präsident Kaspar Villiger hat es nicht geschafft, das Vertrauen zurückzubringen.

INTERVIEW: NATALIE GRATWOHL

Veränderte Lohnmodelle

Diese Feststellung deckt sich mit den Ergebnissen einer aktuellen internationalen Studie des Beratungsunternehmens Mercer zur Vergütungspraxis von Top-Managern. Befragt wurden 61 globale Finanzunternehmen. Demnach haben 80% der Unternehmen ihre kurzfristigen Bonus-Programme überarbeitet oder planen Änderungen, um die Programme längerfristiger und stärker an Methoden der Leistungsbeurteilung auszurichten, die auch das geschäftliche Risiko stärker einbeziehen.

So haben etwa auch 42% der Befragten angegeben, sie hätten ihre Abfindungszahlungen abgeschafft, welche Führungskräfte erhalten, wenn sie das Unternehmen verlassen.

ANZEIGE

Executive School of Management, Technology and Law (ES-HSG)



Universität St. Gallen



Fit for Law – Weiterbildung in Wirtschaftsrecht für Führungskräfte und Verwaltungsräte ohne juristische Erstausbildung

Start 4. Durchführung: 8. März 2010

Kann als Zertifikatskurs CAS und Diplommkurs DAS belegt werden: Wirtschaftsrecht für Manager

Themen: Gesellschaftsrecht, Corporate Governance, Vertragsrecht, Arbeitsrecht, Börsenrecht, Sanierungsrecht, Wettbewerbsrecht, Immaterialgüterrecht, usw.

Informationsgespräch:

2. Februar 2010, 18.00 - 19.00 Uhr, Zürich, Bahnhofstr. 106

Anmeldung/Information:

Tel. 071/224 75 12

Email: nadine.weder@unisg.ch

www.es.unisg.ch/wrm

